Dorothee Kohler

Der Stahlstandort Eisenhüttenstadt: ein „sozialistisches“ Fos-sur-mer?

Betrachtet man die Karte der Region Brandenburg, so fallen zum Stahlstandort Eisenhüttenstadt zwei Besonderheiten ins Auge: die periphere geographische Lage dieses Standortes der Eisen- und Stahlindustrie und seine Funktion als Industriepol in einem *neuen* räumlichen Umfeld.

Genügen diese Standortmerkmale des Eisenhüttenkombinats Ost (EKO) im Vergleich zu denen eines kapitalistischen Eisen- und Stahlunternehmens, um aus ihnen eine „spezifische Raumstruktur“ des *sozialistischen* Produktionssystems abzuleiten, die weder auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene mit der des *kapitalistischen* Produktionssystems vergleichbar wäre?

Will man die Besonderheit dieses „sozialistischen Standorts“ verstehen, die im Vergleich zu den industriellen und räumlichen Strukturen in Westeuropa a priori ganz anders zu funktionieren scheint, darf man sie nicht aus ihrem Kontext lösen und muß analysieren, wie sich diese Gegensätzlichkeit entwickelt hat und wie es zur Herausbildung dieser Antinomie gekommen ist. Der Begriff „sozialistisch“ wird häufig verwendet, ohne daß man sich im Klaren ist, was er genau bedeutet. Einen Raum als sozialistisch zu bezeichnen, sagt nichts über die Beziehung der Industrie zum Raum und führt die Forschung sehr oft auf Abwege, indem sie sich einer Reihe von ideologischen Dichotomien bedient, die mehr die Kehrseite der kapitalistischen Logik darstellen als die realen Prozesse, die bei der Konstruktion eines solchen Raums ablaufen.

Ein begrenzter Vergleich, der sich im wesentlichen auf die geographische Darstellung einer großen Produktionsstätte in West- und in Ostdeutschland konzentrierte, birgt die Gefahr in sich, zu stark durch die subjektive, deutsch-nationale Dimension determiniert zu werden und somit die ideologischen Gegensätze überzubewerten. Der Rückgriff auf ein *tertium comparationis*¹, wie es Michel Espagne formuliert hat, bietet dagegen die

1 „Zwei Objekte miteinander zu vergleichen heißt, sie einander gegenüberzustellen, um ihre Ähnlichkeiten und ihre Unterschiede aufzudecken und durch einen kaum vermeidbaren Prozeß der Verschiebung die Gegensätze festzuschreiben. Man kann ja tatsächlich nur vergleichen, was nicht miteinander verwachsen ist. Vergleicht man eine soziale Gruppe in Frankreich und in Deutschland, schließt man von vornherein aus, daß die nationale Zugehörigkeit von keinerlei Bedeutung sei. Der Vergleich verstärkt den nationalen Unterschied und macht seine Infragestellung problematisch.“ M. Espagne, Sur les limites du comparatisme en histoire culturelle, in: *Genèses*, (1944), 17, S. 112-113.

Möglichkeit, das Feld der Analyse zu erweitern und über die bloße Konfrontation der Gegensätze, die rigide Gegenüberstellung der sozialistischen und der kapitalistischen räumlichen Strukturen und industriellen Organisationsformen, wie sie bei einem Vergleich zwischen der DDR und der BRD gewöhnlich als normative Voraussetzung fungieren, hinauszugehen.

Erweitert man hingegen den Vergleich und bezieht in ihn einen Stahlstandort ein, der der gleichen Generation wie der der sozialistischen Stadt Eisenhüttenstadt angehört, so ergibt sich eine ganze Reihe von Interferenzen. Die Einführung einer neuen geographischen Bezugsgröße durchbricht die Gegenüberstellung der beiden Paradigmen und befreit uns von der herkömmlichen Pflicht, ein Werturteil fällen zu müssen.

Die Einbeziehung eines französischen Stahlstandortes setzt das Kräfteverhältnis zwischen jedem der gegensätzlichen Begriffe außer Kraft und ermöglicht es, die staatliche und die industrielle Logik klar herauszuarbeiten. Dank dieser Herangehensweise können die Mechanismen, die zur Herausbildung dieses Raums geführt haben, besser erkannt und in ihrer ganzen Spezifik erfaßt werden.

Fos-sur-mer und Eisenhüttenstadt spielen hinsichtlich ihrer geographischen Lage beide eine Pionierrolle im Prozeß der Industrialisierung. Ohne über eine mit dem Kohlebecken des Nord-Pas de Calais oder dem der Ruhr vergleichbare Tradition zu verfügen, stellen sie einen Bruch zur Standortverteilung der Eisen- und Stahlindustrie am Ende des vergangenen Jahrhunderts dar. Abgesehen von der Ähnlichkeit der geographischen Ausgangsbedingungen ist man von der Analogie der Industrialisierungspolitik überrascht: In kürzester Zeit wird ein überdimensionierter Stahlstandort geschaffen, der die traditionellen Industriestrukturen grundlegend verändert und dabei gleichzeitig neue dynamische Entwicklungsprozesse auszulösen in der Lage ist. Der Eisen- und Stahlstandort bildet in beiden Fällen „das Element, das in der Struktur der durch fehlende Kohärenz bzw. zu starke Spezialisierung anfälligen mittleren städtischen Wirtschaftseinheiten die dominierende Rolle spielt“².

Die Schaffung der Stahlstandorte Eisenhüttenstadt und Fos geht in beiden Fällen auf eine staatliche Entscheidung zur industriellen Raumplanung zurück.

Bedeutet das jedoch, daß der Standort des Eisenhüttenkombinats in Eisenhüttenstadt als ein „sozialistisches“ Fos-sur-mer dargestellt werden kann? Schon die Formulierung dieser Frage zielt durch die postulierte Austauschbarkeit der Orte darauf ab, unsere Aufmerksamkeit auf die konjunkturelle und strukturelle Dimension der Schaffung von Industriestandorten in der DDR und in Frankreich zu lenken und die räumliche Auswir-

2 J. Malézieux, Les centres sidérurgiques des rivages de la mer du Nord et leur influence sur l'organisation de l'espace, in: L'Information Géographique (1979) 5, S. 254.

kung der Wechselbeziehungen zwischen dem politischen und dem ökonomischen System zu beurteilen.

Ermöglicht aber diese etwas ungewöhnliche Gleichsetzung nicht vielmehr gerade die Möglichkeit, ohne Umschweife die Frage nach der Gegenseitigkeit der die innere Dynamik der beiden Territorien bestimmenden Beziehung zu stellen?

In der Periode des Wiederaufbaus nach dem Krieg nimmt die Eisenhüttenindustrie im Westen wie im Osten eine Schlüsselstellung in der Wirtschaft ein. Stahl gilt als ein strategisches Produkt, von dem Wiederaufbau und volkswirtschaftliches Wachstum bestimmt werden (vgl. Monnet-Plan, Plan zur Modernisierung und Ausrüstung in der Nachkriegszeit). Diese Betrachtungsweise hat dazu geführt, daß die territoriale Planung der Industriepolitik völlig untergeordnet wurde. Der Autor des nachfolgenden Presseauszugs berichtet 1985 voller Bitterkeit darüber, wie sehr der Stahl im französischen Kontext der Nachkriegsentwicklung mit dem Wachstumsmythos in Verbindung gebracht wurde. Die Rede ist hier von Fos, doch der gleiche Traum ist auch der Schaffung des Stahlstandorts Eisenhüttenstadt vorausgegangen. Der neue Industriestandort ist zum „symbolischen Wunschbild einer neuen Prosperität“ geworden³.

„Erinnern Sie sich: Fos, die Magie des Wachstums ... Aus den Geröllhalden der Crau-Ebene erhebt sich ein Pol der Eisen- und Stahlindustrie, ohne industrielles Hinterland, ohne Koks und ohne Erz.

(...) Man hat niemals in Erfahrung gebracht, wer hier seinen Traum verwirklicht hat – und was für einen Traum! –: der Staat oder die Famille de Wendel, einzige Förderin des Eisen- und Stahlprogramms in den Jahren 1967/68.

Das Eisen- und Stahlwerk der Solmer⁴ sollte 1973 zunächst drei Millionen Tonnen Stahl produzieren, 1980 dann sieben Millionen Tonnen mit einer Perspektive von schließlich 20 Millionen Tonnen.

Die Anbindung an die Flüsse Rhein und Rhône sollte durch den Bau eines Großschiffahrtskanals im Jahre 1979 in Angriff genommen und beendet werden.

Electricité de France würde 1973/74 im Gebiet von Fos ein riesiges Heizöl-Kraftwerk mit acht 700 MW-Blöcken in Betrieb nehmen.

Die Raffinerien, deren Belieferung von Laveira und von Fos aus vorgesehen war, sollten 1975 eine Kapazität von 56 bis 69 Millionen Tonnen erreichen.

Péchiney sollte ein großes Aluminium-Werk errichten, und Ugine-Aciers wollte 1973 zunächst 200.000 t Spezialstahl, 1975 dann 400.000 t und 1990 schließlich zwei Millionen Tonnen Spezialstahl produzieren. Die Bevölkerung dieser Industriezone würde sich in wenigen Jahren verdreifachen.

3 M. Castells/F. Godard, Monopolville, Paris 1974, S. 69.

4 Société Lorraine et Méridionale de Laminage Continu (SOLMER).

chen, und das Einzugsgebiet der Metropole Marseille würde im Zeitraum 1970 bis 1985 eine Million Einwohner hinzugewinnen.⁵

Fos' Traum von Größe und Bedeutung, der durch die Krise abrupt endete, und die nicht zu Ende gebrachte Herausbildung dieser Industrielandschaft erinnern an den Optimismus und an die Kluft zwischen den Produktionszielen, die für den Standort des Eisenhilfenskombinats in Eisenhüttenstadt gestellt worden waren, und ihre Realisierung. Der Aufbau der Eisen- und Stahlindustrie in der DDR war von den staatlichen Beschlüssen der fünfziger Jahre bestimmt, als es vorrangig darum ging, die Unabhängigkeit der metallurgischen Industrie zu gewährleisten. Ursprünglich sollte das Eisenhüttenkombinat ein integriertes Eisen- und Stahlunternehmen mit folgenden vier Hauptbestandteilen werden: Hochöfen, Stahlwerk, Kalt- und Warmwalzanlagen. Der auf dem 3. Parteitag der SED gefaßte Beschluß über den Bau des EKO entsprach also einer dreifachen Zielsetzung: Es sollte sowohl „Eisen für die Republik“ produzieren als auch die ländlichen Regionen industrialisieren und schließlich die Oder-Neiße-Grenze durch den Bau eines „Industriemonuments“ des „Friedenswerks“ stabilisieren.⁶

Das Ziel, das man sich 1950 gesteckt hatte, wurde jedoch erst 1984 mit dem Bau eines Oxygenstahlwerks durch VÖEST Alpine erreicht. Mehr als dreißig Jahre waren also vergangen, bis EKO endlich Stahl erzeugen konnte. Es fehlte nur noch eine Warmwalzanlage, um den technologischen Zyklus der Stahlproduktion zu schließen; der 1986 begonnene Bau wurde jedoch 1988 wegen fehlender Investitionsmittel eingestellt.⁷

Bei einer Stadtfläche von 54 qm vermittelte der Standort mit seiner Fläche von 13 qm den Eindruck einer kompakten und in sich geschlossenen Einheit, in der der Produktionsraum, der jeden Rahmen sprengte, sämtliche räumlichen Ebenen in sich zu vereinen und gleichzeitig aufzuheben schien.

Die industrielle Spezialisierung ist ein charakteristisches Merkmal der beiden Eisen- und Stahlstandorte Eisenhüttenstadt und Fos-sur-mer. In beiden Fällen ist sie das Ergebnis einer massiven Industrialisierung, die den anderen Komponenten der lokalen Wirtschaft ihre Vorherrschaft aufzwingt. Von diesem Zeitpunkt an behaupten sich die beiden Standorte in ihrem jeweiligen Umfeld als Produkte einer staatlichen peripheren Industrialisierung, in der dem Eisen- und Stahlunternehmen alle Gestaltungsfunktionen übertragen worden sind, angefangen von der Ausgleichspolitik innerhalb des nationalen Raums bis zur Monopolisierung der lokalen Verwaltung des Raums.

5 M. Herblay, *Nos pyramides*, in: *L'Expansion. Demain la France*, Okt./Nov. 1985.

6 D. Kohler, *Eisenhüttenstadt: Eine Stahlregion zwischen Plan- und Marktwirtschaft*, in: *Konzern und Region: Zwischen Rückzug und neuer Integration*, hrsg. von H. Kilper und D. Rahfeld Münster, Hamburg 1994, S. 61-117.

7 J. Niebur, *Zwischen Stilllegung und Privatisierung. Die Sanierung eines Stahlstandortes*, in: *Krisen, Kader, Kombinate*, hrsg. von M. Heidenreich, Berlin 1992, S. 95.

1. Die Eisen- und Stahlindustrie als Instrument zur Durchsetzung einer Raumordnungspolitik im Sinne einer Ausgleichspolitik?

Es besteht zwar kein Zweifel, daß der Industrialisierungs- und Stadtbildungsprozeß von Eisenhüttenstadt mit dem der traditionellen kapitalistischen Industriestädte nichts gemein hat, und doch sollte man nicht von vornherein jede Ähnlichkeit zwischen der Industrie- und der Entwicklungspolitik in Ost- und Westeuropa von der Hand weisen, wenn der Staat die Initiative zur Schaffung industrieller Standorte ergreift.

Das Beispiel von Fos-sur-mer zeigt, daß Eingriffe des Staates in die Eisen- und Stahlindustrie und die Einbeziehung dieses Industriezweiges in die Raumordnungspolitik kein nur sozialistischen Regierungen vorbehaltenes Mittel sind.

In der Zeit des Wiederaufbaus spielen die Eisen- und Stahlindustrie und die Petrolchemie in Frankreich eine zentrale Rolle in der Raumordnungspolitik, vor allem für die Industrialisierung der Küstenregionen. Die Grundstoffindustrie wird als Quelle neuen Reichtums betrachtet, man erhofft sich von ihr die Schaffung von Arbeitsplätzen und eine Anziehungswirkung für die regionale Entwicklung.⁸ „François Perroux und seine Mitarbeiter betonen gern die Rolle des Großunternehmens als Motor der Polarisierung. (...) [Die] Theorie vom polarisierten, auf ein vorwärtsstrebendes starkes Unternehmen zurückzuführendes Wachstum gewinnt an Boden: Das Annaba-Projekt in Algerien oder das von Fos in Frankreich wurden im Namen einer industrialisierenden Industrie (*industrie industrialisante*) konzipiert.“⁹ Bis zum Ende der sechziger Jahre überwiegen die theoretischen Konzeptionen, die „die Industrie als den Bereich mit der stärksten Fähigkeit zur Erzeugung von mitreißenden Effekten und von Wirkungen (betrachten), die in die regionalen Ökonomien einfließen. Das begründet auch ihre Rolle als bevorzugtes Instrument der Raumordnungspolitik. (...) [Die] Rolle der Industrie im geographischen Raum hängt also eng mit drei der Raumordnungspolitik zugrundeliegenden Theorien zusammen: der Theorie der Polarisierung und der Wachstumspole, der Theorie der vorwärtstreibenden Industrie (*activités motrices*) und der Theorie der Ballungsökonomien (*économies d'agglomération*).“¹⁰

Der Beschluß des Ministerrates der DDR über die Schaffung großer Industriestandorte¹¹ an der deutsch-polnischen Grenze entspricht ebenfalls dem Ziel einer besseren Verteilung der Industrie in die wenig industriali-

8 A. Fischer, *Industrie et espace géographique*, Paris 1994, S. 123.

9 P. Claval, *Les nouveaux espaces industriels: réalités, théories et doctrines*, in: *La dynamique spatiale de l'économie contemporaine*, hrsg. von G. B. Benko, La Garenne-Colombes 1990, S. 34-51.

10 A. Fischer, *Industrie et espace géographique* (Anm. 8), S. 123.

11 Eisenhüttenkombinat Ost: 12.000 Arbeitsplätze, Halbleiterwerk in Frankfurt/Oder: 8000 Arbeitsplätze, Petrolchemisches Kombinat in Schwedt: 8500 Arbeitsplätze.

sierten und als rückständig betrachteten Regionen (der östliche Teil Brandenburgs und die Lausitz), um deren Entwicklungsrückstand im Vergleich zu den industriell stark entwickelten Regionen (Sachsen, Berlin und sein Umland) aufzuholen. Diese Orientierung auf eine industrielle raumordnerische Ausgleichspolitik entspricht der Durchsetzung des folgenden politischen Ziels: Der aus der kapitalistischen Industrialisierung resultierende Gegensatz zwischen Stadt und Land soll durch die Schaffung von Industriestandorten in ländlichen Gegenden (*Industrie aufs Land*) oder durch die *Industrialisierung der Landwirtschaft* überwunden werden. Diese Industrieansiedlungen verfolgten auch den Zweck, in den ländlichen Regionen Zentren der Arbeiterklasse zu schaffen. Die neue Stadt soll „ein Ort mit einer starken Konzentration der führenden Arbeiterklasse, soll (...) das Zentrum der ökonomischen, kulturellen und sozialen Entwicklung des Umlandes sein.“¹²

Auf französischer Seite wird der Schaffung und Entwicklung eines an der Küste gelegenen Unternehmens jedes Mal ausdrücklich oder offiziell große Signifikanz für die regionale Entwicklung beigemessen. Die Stahlwerke¹³ sollen ein starkes wirtschaftliches Wachstum auslösen, das in der Lage ist, sich in einem großen Raum auszuwirken, und somit zur Entwicklung des Industriekomplexes und der Region beitragen könnte¹⁴. Der Stahlstandort wird zu den wirksamsten Instrumenten für die Förderung der regionalen Entwicklung gerechnet. Jacques Malézieux' Arbeit *Les centres sidérurgiques des rivages de la mer du Nord et leur influence sur l'organisation de l'espace* (Die Eisen- und Stahlstandorte an der Nordseeküste und ihr Einfluß auf die Raumordnung) zeigt am Beispiel des Projektes von Dünkirchen, wie „in Frankreich das an der Küste gelegene Unter-

12 B. Benthien, *Ökonomische Geographie der DDR*, Leipzig 1969.

13 Mehr als alle anderen Unternehmen stellen die Eisen- und Stahlstandorte vom Charakter ihrer Produktion und von ihrer Leistungsfähigkeit her Kristallisationspunkte für die zahlreichen und vielfältigen konvergierenden und divergierenden, sichtbaren und unsichtbaren Ströme von Rohstoffen und Energiequellen, Erzeugnissen und Nebenprodukten, von Kapitalien und Entscheidungen, von Dienstleistungen und Menschen dar. Diese technischen und wirtschaftlichen Ströme, diese Ströme von Menschen, Kapitalien und Entscheidungen, die die Vektoren der gegenseitigen Beeinflussung von Industrie und Raum darstellen, organisieren sich in Netzwerken, die ihre Strukturen in unterschiedlicher Art und Weise in den verschiedenen geographischen Maßstäben organisieren. Die Zugehörigkeit der Eisen- und Stahlindustrie zur Schwerindustrie und zur Grundstoffindustrie ihr Charakter als arbeits- und kapitalintensive Industrie, die Bedeutung, die ihr traditionsgemäß in technischer und wirtschaftlicher, in sozialer und politischer Hinsicht beigemessen wird, haben dazu geführt, daß sie lange als der Industriezweig betrachtet wurde, der am ehesten in der Lage ist, Wachstum und Entwicklung überall dort zu bewirken, wo sie sich ansiedelt.“ J. Malézieux, *Sidérurgie littorale et espace régional*. Dunkerque – Gand – Ijmuiden – Brême, in: *Hommes et Terres du Nord* 1 (1982), S. 1-2.

14 J. Malézieux, *Les centres sidérurgiques des rivages de la mer du Nord et leur influence sur l'organisation de l'espace* Paris 1981, S. 949.

nehmen in die Herausbildung eines leistungsfähigen Industrie- und Hafenkomples integriert¹⁵ und gleichzeitig stets als ein Element betrachtet wurde, das effektiv zur Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten beitragen kann, mit denen man in den nahegelegenen Zonen (Calaisis) oder den etwas weiter entfernt liegenden Gebieten (Sambre-Tal mit seinem Kohlebecken) konfrontiert war.¹⁶

In Frankreich wurde mit der Entwicklung der Industriepole ein dreifaches Ziel verfolgt. Diese Politik der Schaffung von Industrie- und Hafengewirtschaftsgebieten (*zone industrialo-portuaire* – ZIP) zielt darauf ab, „den zum Zwecke der *métropoles d'équilibre* (Ausgleichsmetropolen) eine modernisierte und neue Produktionsbasis zu schaffen, d. h. einen Prozeß der Industrialisierung und Polarisierung auszulösen¹⁷. Sie verfolgt außerdem das Ziel, einen räumlichen Ausgleich durch ein oder zwei „als treibende Kraft wirkende“¹⁸ Industriezweige herzustellen und die Küste auf die neuen Anforderungen des Seeverkehrs vorzubereiten (Erhöhung des Volumens von importierten Rohstoffen, Ermittlung der kostengünstigsten Möglichkeit der Rohstoffversorgung, Bau von Industriekomplexen nach erfolgter Optimierung der Import- und Exportmöglichkeiten). Fünf Indu-

15 Die Pole der Schwerindustrie und Hafengewirtschaft entwickeln sich in zwei Industriebe-
reichen: Erdölindustrie und Petrochemie, Steam-cracking und Eisenhüttenindustrie mit
der Entwicklung der Energieerzeugung im Vorfeld und der Metallurgie und des Ma-
schinenbaus als nachgeordnete Zweige. „Als Ergänzung kommen zu diesen beiden Be-
reichen auf der Ebene des Produktionskreislaufes (insbesondere in dem dem Produkti-
onsprozeß vorgelagerten Bereich) der Seetransport und die Lagerwirtschaft hinzu, die
viel Platz in Anspruch nehmen. Neben den in diesen Zonen entwickelten technischen
Verflechtungen ist das Transportsystem in der Tat das zweite Element, das die Indu-
striepole und Hafengewirtschaft vereint.“ M. Castells/F. Godard, *Monopolville* (Anm. 3),
S. 31.

16 J. Malézieux, *Les centres sidérurgiques* (Anm. 14), S. 950.

17 Die Tendenz besteht also darin, die finanziellen Aktivitäten des Staates auf die vorran-
gig behandelten Akkumulationspole zu konzentrieren, d. h. im Pariser Becken und in
der Region des Unterlaufs der Seine, in der Zone von Fos und im Rhône-Tal sowie in
Dunkerque, dem Zentrum der Schwerindustrie.“ M. Castells/F. Godard, *Monopolville*
(Anm. 3), S. 39-40.

18 Die Eisen- und Stahlindustrie entwickelte sich auf der Grundlage von Kohle- und Erz-
zimporten und von Erdöl (Erschließung des Sahara-Öls seit 1966), deren Preise bis
1974 ständig sanken.. Prägend für die Stahlindustrie und die petrochemische Industrie
war außerdem der Konzentrations- und Zentralisierungsprozeß des Kapitals auf natio-
naler und internationaler Ebene. In der Stahlindustrie hing dieser Prozeß mit der Not-
wendigkeit der Jahre 1960–1970 zusammen, das Industriesystem zu reorganisieren und
das Problem der Finanzierung von wichtigen Investitionen zu lösen. Dieser Prozeß der
geographischen Konzentration der Produktion und der Modernisierung des Produkti-
onsapparates wurde von sozialen und technischen Veränderungen begleitet.

Manuel Castells und Francis Godard sind in ihrer Arbeit *Monopolville* systematisch
„allen Elementen (nachgegangen), von den Merkmalen und den Bewegungen des der
französischen Sozialstruktur in den siebziger Jahren zugrundeliegenden Kapitals bis zu
den Merkmalen eines Projekts der Raumordnungspolitik wie dem der Küstenregion von
Dunkirchen“. M. Castells/F. Godard, *Monopolville* (Anm. 3), S. 21.

strie- und Hafenstandorte werden nach 1960 und 1980 im Rahmen der Pläne zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung konzipiert: le Havre an der Seine-Mündung, Calais-Dünkirchen im Norden, Fos-Marseille im Süden, Nantes-Saint-Nazaire an der Loire-Mündung und Bordeaux-Le Verdon an der Gironde-Mündung.

Die Handelskammer und der *Port Autonome* (Hafenverwaltung) von Marseille schlagen Fos-sur-mer für die Schaffung eines wichtigen Stahlkomplexes vor. „Der Port Autonome von Marseille hat die Forderung nach einer Erweiterung der Hafenanlagen schon 1963 gestellt und dafür auch die notwendigen Voruntersuchungen finanziert. Der Standort von Fos besaß zahlreiche Vorzüge. Die aus dem Osten kommenden Meeresströmungen schützten die Rhône vor Versandung, und der Golf weist hier eine Tiefe von 20 m auf. Das gegenwärtige Rhône-Delta erstreckt sich an dieser Stelle in der Crau-Ebene, dem ehemaligen steinigen Delta der Durance, die den festen Untergrund der Küste bildet. Für den Bau eines Tiefwasserhafens und für die Einrichtung eines Industriegebiets standen große Flächen zur Verfügung.“¹⁹ „1964 wurde der der DATAR zugeordnete zentrale Komplex von Fos mit dem Ziel gebildet, den 'Wirtschaftspol Südeuropas: Europort' zu schaffen. In Fos wurde 1973 ein dem Präfekten der Region beigeordneter interministerieller Entwicklungsstab eingesetzt.“

Die durch die natürliche Konfiguration der Standorte bestehenden geographischen Voraussetzungen sowie die wirtschaftlichen Gegebenheiten der Region und ihre Herausforderungen sind für die Wahl der Standorte von großen Industrieanlagen auf nationaler Ebene zum Teil entscheidend. Die Entwicklung des Industriegebietes von Fos-sur-mer folgt jedoch ebenso wie die von Eisenhüttenstadt einer industriellen und räumlichen Logik, der geopolitische Überlegungen zugrundeliegen.

Mit „de Gaulles Strategie der Öffnung des Mittelmeerraumes in Richtung Afrika, Mittlerer Osten und arabischer Raum“ gewinnt das Projekt eine nationale Dimension. „Die Entwicklung eines Industrie- und Hafengewirtschaftsgebietes mit doppelter Spezialisierung – Erdölindustrie und Eisenhüttenindustrie – ermöglichte darüber hinaus die Öffnung des großen Deltas (Regionen Rhône-Alpes, Languedoc-Roussillon und Provence-Côte d'Azur) und die Teilhabe an der Industrialisierung der Mittelmeerküste.“²⁰

Im 19. und 20. Jahrhundert bildet Marseille den Brückenkopf des europäischen Expansionsstrebens nach dem Süden, dem Osten und dem Fernen Osten. Im 19. Jahrhundert bewirken die vereinten Anstrengungen des Staates, der Unternehmer und der Pariser Kapitalisten, daß Marseille „für die verschiedenen modernen Transportmittel zum Umschlagplatz ihrer Ladungen“ wird: Hier wird „der Schienenverkehr mit dem Transport per Dampfschiff über das Mittelmeer“ verbunden. „Ab 1850 beschleunigt sich

19 F. Damette/J. Scheibling, *La France*, Paris 1995, S. 227-228.

20 Ebenda, S. 227.

dieser Wandel, was teilweise mit der 'Prosperität des Kaiserreichs' zusammenhängt. Der Mythos Marseille erhält seinen Platz im saint-simonistischen liberalen Organisationstraum. Marseille kann das große *Emporium* eines offenen, mit neuem Leben erfüllten Mittelmeerraumes werden, der ein Zentrum weltumspannender Handelsbeziehungen ist: Tor zum Orient und gleichzeitig Tor zum industrialisierten Europa.²¹ Die Funktionen Marseilles als Industriestandort und Handelsplatz hängen mit der Verarbeitung der aus Afrika oder Asien kommenden Rohstoffe vor Ort zusammen. „Aus diesem Grund bilden wirtschaftliche Entwicklungen, die sich mitunter seit etwa einem Jahrhundert vollzogen haben, eine Art 'System', dessen Hauptstützen das Mühlenwesen, der Komplex der ölhaltigen Stoffe (Seifenherstellung, Ölmühlen) und die Zuckerraffinerie bilden.“²² Diese Industrie, die sich infolge des Handels entlang des zum Hafen gehörenden Küstenstreifens entwickelte, erlebt in den zwanziger/dreißiger Jahren ihren ersten Niedergang, während die Erweiterung der Hafenanlagen und des Industriegebietes im Zusammenhang mit der Entwicklung der Schwerindustrie (Schiffsbau, Chemie und Erdölraffinerie) am Etang de Berre fortgesetzt wurde. Der Entkolonialisierungsprozeß in Algerien verleiht der ökonomischen Entwicklung von Marseille einen anderen Maßstab. Die Schaffung des Komplexes von Fos in den sechziger Jahren wird als eines der zentralen Bestandteile des Programms zur Planung der regionalen Entwicklung dargestellt, dessen Zielstellung darin besteht, die Beschäftigungsprobleme im Ballungsgebiet von Marseille (Aire Métropolitaine Marseillaise – AMM)²³ zu lösen und zur Herausbildung einer *métropole d'équilibre* (Ausgleichsmetropole), um den von der DATAR eingeführten Begriff zu verwenden, beizutragen.

In zwei unterschiedlichen geographischen Situationen haben die politischen Auswirkungen des Algerienkrieges einerseits und die des Zweiten Weltkrieges andererseits den Gebieten entlang der Mittelmeerküste und denen an der Oder-Neiße-Linie einen exterritorialen Charakter verliehen. Die Regionen an der Oder und um Marseille werden zu marginalisierten städtischen Gebilden innerhalb des nationalen Raums, wobei sie gleichzeitig paradoxerweise eine verbindende Rolle spielen. Die koloniale Frage auf der einen Seite und die deutsch-polnische Frage auf der anderen

21 J.-L. Bonillo, Marseille, in: Atlas historique des villes de France, hrsg. von J.-L. Pinol, Paris 1996, S. 176-203.

22 Ebenda, S. 184.

23 Das Ballungsgebiet von Marseille hat eine Fläche von ca. 900 km²; in ihm leben etwa 1.400.000 Einwohner, davon allein 800.000 in der Stadt Marseille selbst.

„Das Ballungsgebiet von Marseille gliedert sich in drei Komplexe: das große Siedlungsgebiet Marseille-Aubagne, das dichtbebaute und sternförmig angeordnete Zentrum von Aix-en-Provence, zweiter Pol und wirkliche Drehscheibe, und das östliche Ufer des Etang de Berre mit mehreren lockerer bebauten und durch zwei Autobahnlinien angebundnen Küstenzentren.“ Ebenda, S. 198.

verleihen diesen Räumen die Funktion eines Transitraums und einer Zone, wo die Bevölkerung aus den „verlorenen“ Gebieten Aufnahme findet. In beiden Fällen ist die „Schleusen“-Funktion, die diese marginalisierten Grenzzonen zu übernehmen haben, ein direktes Ergebnis der räumlichen Auswirkungen dieser internationalen Konflikte und der von ihnen ausgelösten Rückführungsbewegungen. Die Grenzfunktionen dieser Standorte stehen in direktem Zusammenhang mit ihrer industriellen und räumlichen Funktion.

In der DDR wie auch in Frankreich wird die Industrie „als eines der grundlegenden Mittel zur Überwindung der ungleichgewichtigen Regionalentwicklung und der geographisch bedingten Unterschiede, als ein Instrument zur Umstrukturierung der schwach entwickelten regionalen Ökonomien“²⁴ und zur Regulierung der mit der geopolitischen Situation zusammenhängenden Migrationsströme betrachtet. Heißt das aber, daß diese Übereinstimmung in den Zielstellungen der Eisen- und Stahlstandorte von Eisenhüttenhüttenstadt und von Fos-sur-mer auch eine Übereinstimmung hinsichtlich der staatlichen Einflußnahme auf die Belange der Industrie in beiden Ländern nach sich gezogen hat, oder ist ein solcher Vergleich aufgrund der Kontrolle durch die Partei in der DDR nicht statthaft?

2. Die Eisen- und Stahlindustrie: ein bevorzugtes Gebiet staatlicher Einflußnahme in die industriellen und räumlichen Belange in Frankreich und in der DDR

Die Industrie- und Raumordnungspolitik in bezug auf die Eisen- und Stahlindustrie in Frankreich liefert uns ein Beispiel für eine dirigistische Einflußnahme²⁵, die niemals als „sozialistisch“ bezeichnet wurde und gerade deshalb die Möglichkeit bietet, aus dem Schema der ideologischen Trennung in sozialistisches und kapitalistisches System herauszutreten und in einem Vergleich mit Frankreich die Rolle des Staates hervorzuheben. Das Engagement des Staates in Frankreich weist hinsichtlich der Schaffung neuer Industriegebiete, die sich zu aktiven Wachstumspolen entwickeln sollten, tatsächlich gewisse Analogien zu dem Engagement des Staates in der DDR während der Nachkriegszeit auf.

Der Beschluß der Kommission des 1. Plans (1947–1952) zur Modernisierung der französischen Eisen- und Stahlindustrie kann mit dem Beschluß verglichen werden, den die DDR-Kommission zum ersten Fünf-

24 A. Fischer, *Industrie et espace géographique* (Anm. 8), S. 124.

25 „Staatlicher Dirigismus bedeutet, daß der Staat die industriellen Zielstellungen und die bewilligten Mittel bestimmt und in starkem Maße, bis hin zur detaillierten Kontrolle der Ausführung Einfluß nimmt. Das beste Beispiel für ein derartiges staatliches Eingreifen liefert uns die Eisen- und Stahlindustrie.“ C. Durand (Hrsg.), *De l'économie planifiée à l'économie de marché, l'intervention de l'Etat dans l'industrie*, Paris 1990, S. 43.

jahrplan gefaßt hat. In beiden Fällen hat man die institutionelle Leitung dieser Standorte zentralisiert und dem Staat überlassen, in beiden Fällen erfolgt die Finanzierung dieser Projekte durch staatliche Investitionen²⁶. Bis zum Ende der fünfziger Jahre werden die Investitionen in der französischen Eisen- und Stahlindustrie zur Wiederherstellung und Automatisierung verschiedener Funktionen der alten Anlagen eingesetzt²⁷, man beschränkt sich also auf eine „Flickerpolitik“²⁸. Während die Eisenhüttenindustrie in Italien, Deutschland und sogar Holland und Japan nach dem Krieg dem Bau hochleistungsfähiger integrierter Unternehmen den Vorrang gibt, wartet man in Frankreich damit bis zum 3. Plan (1957–1960), um mit einer Verspätung von zehn Jahren eine auf die Schaffung neuer Eisen- und Stahlanlagen gerichteten Politik zu betreiben. Usinor engagiert sich 1959 für den Bau eines integrierten Werkes von vier Mt/Jahr in Dünkirchen, de Wendel plant die Errichtung eines Werkes vergleichbarer Kapazität im lothringischen Becken, Zentrum der Eisen- und Stahlindustrie. Die 1961 ausbrechende Krise unterbricht mit einem Schlag die Investitionen in der Eisen- und Stahlindustrie und blockiert den Bau der Sauerstoff-Blasstahlwerke.

„Die französischen Unternehmen rufen den Staat zu Hilfe. Dieser ist bereit, ihnen bei der Umstrukturierung und mit Investitionen sowie bei der Überwindung der sozialen Krise, wie sie die Art der vorgesehenen Umstrukturierung mit sich bringt, zu helfen, wenn die Unternehmen bereit sind, sich selbst zu helfen, indem sie sich zusammenschließen und ihr Programm koordinieren. So entsteht der erste Plan in einer langen Reihe von Umstrukturierungsplänen²⁹ (Abkommen Staat – Eisen- und Stahlindustrie 1966–1970). Doch gegen Ende der 1960er Jahre schien die gestiegene Stahlnachfrage die Realisierung neuer Projekte, insbesondere den Bau ei-

26 „Das Projekt wurde mit staatlichen Mitteln für den Bau der Hafenanlagen und der Verbindungswege (Autobahnbindung an Marseille, Kanal von Fos bis zur Rhône, Eisenbahnlinien) und mit privaten Mitteln der Erdölgesellschaften und von Usinor und Sidlor (Union sidérurgique Lorraine – Verband der Eisen- und Stahlindustrie Lothringens), die das Unternehmen Solmer (Société lorraine et méridionale de laminage continu – Gesellschaft für Bandwalzwerke Lothringens und Südfrankreichs) gründeten, für den Aufbau eines riesigen Eisen- und Stahlkomplexes realisiert.“ F. Damette/J. Scheibling, *La France* (Ann. 19), S. 228.

Nach für das Jahr 1979 und für den Zeitraum 1960–1980 aktualisierten Berechnungen beliefen sich die Investitionen für den Bau der Hafenanlagen und des Industrie- und Hafengebiets von Fos einschließlich der dazugehörigen städtischen Investitionen auf drei Milliarden F; die Gesamtsumme der Industrieinvestitionen betrug 23 Milliarden F.“ J.-P. Laborie/J.-F. Langumier/P. de Roo, *La politique française d'aménagement du territoire de 1950 à 1985*, Paris 1985, S. 95-96.

27 Neue Bandwalzanlagen für mittlere und feine Bleche im Rahmen des 1. Plans (1947–1952), Walzdraht und mechanisiertes Walzen von starken Blechen im Rahmen des 2. Plans (1953–1956).

28 M. Freyssenet/C. Omnès, *La crise de la sidérurgie française* Paris 1982, S. 25.

29 Ebenda, S. 27-29.

nes neuen an der Küste gelegenen Werkes im Rahmen des 6. Plans (1971–1975) wieder zu rechtfertigen.

Angesichts des Konkurses der Eisen- und Stahlunternehmen Ende der 1970er Jahre wandelt der Staat die staatlichen Kredite in Kapitalbeteiligungen um. In dem Maße, wie der finanzielle Beitrag des Staates zunimmt, verstärkt sich auch die dirigistische Einflußnahme durch das Industrieministerium.

Der „Plan Acier“ (Stahl-Plan), der auf eine Initiative des Industrieministeriums zurückgeht, ist ein Ausdruck für den Grad der Verflechtung zwischen den Führungsgremien der Eisen- und Stahlunternehmen und den Dienststellen des Ministeriums. Dieser Plan ist zwar von den Unternehmen aufgestellt worden, die Produktionsziele hat jedoch der Staat vorher festgelegt. „(...) zu den grundlegenden Entscheidungen (Höhe der Investitionen, Ausmaß der Schließungen) scheint die Diskussion eher zwischen den Ministerien geführt zu werden. (Die) Eisen- und Stahlwerke sind finanziell voll und ganz von der Hilfe des Staates abhängig, dem sie ihr Überleben verdanken. Sie erfolgt in unterschiedlicher Form:

- Entlastung von finanziellen Verpflichtungen: Der Staat hat einen Gutteil der Schulden der Eisen- und Stahlindustrie übernommen,
- Hilfe bei sozialen Maßnahmen: Vorruhestandsregelungen, Umschulungen, ... Die Ministerien, die diese Maßnahmen finanzieren, kontrollieren auch die Durchsetzung der Sozialpläne durch die Unternehmen.
- Schließlich übernimmt der Staat bei Modernisierungsinvestitionen die Rolle des Aktionärs und Kapitalgebers.“³⁰

In einer Situation, in der der Staat der Hauptaktionär ist, sind die Unternehmen zwar schuldenfrei, jedoch vom Staat, der darüber wacht, daß der Jahreshaushalt mit den Planvorgaben übereinstimmt, vollkommen abhängig. 1981 werden die Eisen- und Stahlunternehmen im Zuge der von der sozialistischen Regierung betriebenen Nationalisierungspolitik verstaatlicht. „Die Nationalisierung hat die finanzielle Kontrolle des Staates lediglich gesetzlich fixiert, die 1978 im Augenblick der ersten Krise eingeführt worden war.“³¹

In Frankreich wie in der DDR wird durch die staatliche Einflußnahme in der Eisen- und Stahlindustrie ein direkter Zusammenhang zwischen der Errichtung eines Standortes und nationaler Unabhängigkeit auf ökonomischer und strategischer Ebene hergestellt.

Ein Vergleich der Verflechtungen zwischen dem Staat und der Stahlindustrie sowie ihrer räumlichen Auswirkungen in Frankreich und in der DDR zeigen, wie vorsichtig mit den traditionell mit dem Begriff „sozialistisch“ assoziierten Bildern umzugehen ist, will man sich nicht auf ideologische Klischees beschränken. In beiden Ländern gibt es Branchenpläne, in denen die von Beamten und Unternehmern ausgehandelten Ent-

30 C. Durand (Hrsg.), *De l'économie planifiée* (Anm. 25), S. 44-45.

31 Ebenda, S. 46.

wicklungsziele festgelegt werden. Trotz dieser engen Verflechtung von Politik und Wirtschaft sollte man keine voreiligen Rückschlüsse auf eine eventuelle Konvergenz des staatlichen Interventions in Frankreich und in der DDR ziehen.

Während in Ostdeutschland „die Partei auf allen Ebenen des Wirtschaftsapparates ihre Kontrolle“³² ansübt, ist in Frankreich die Einflußnahme des Staates nicht durch die Herrschaft eines sozialistischen Regimes bedingt und erfolgt gemäß der strategischen Bedeutung der jeweiligen Branchen und dem Grad der Verschuldung der Unternehmen auf sehr differenzierte Art und Weise.

Der Plan existiert in der Wirtschaft beider Länder, ihre Planungskonzepte sind jedoch unterschiedlich. In den sozialistischen Ländern ist der Plan ein Instrument zur Festlegung der Industriepolitik und der Produktionsziele: „Der Plan verteilt mit Hilfe der Industrieministerien die Produktionsmittel und -ziele auf die Bereiche, Industriezweige und Betriebe: Finanzierung von Investitionen, Subventionen für Rohstoffe und Arbeitskräfte. Er legt die Produktionsvorgaben und die Preise fest.“³³ Im Gegensatz zum sozialistischen Plan ist der französische Plan nicht mit gleicher organisatorischer und Kontrollgewalt über die Wirtschaft ausgestattet. Seine Wirkung beschränkt sich auf die Festlegung der großen Linien der staatlichen Industriepolitik, er ist Ausdruck des Versuchs, die Rationalisierung der Produktionsmittel mit einer sozialen und finanziellen Logik in Einklang zu bringen. Im französischen Fall ist die Funktion des Staates als Initiator von Industrialisierung und Entwicklung Bestandteil einer Strategie der Eroberung des Weltmarktes, sein Wirken kommt andererseits in einer Verdichtung der Produktionsstrukturen durch Firmenschließungen und Schaffung neuer Industriestandorte zum Ausdruck.

Demgegenüber hängen die Investitionsentscheidungen des sozialistischen Staates in seiner Rolle als Initiator von Industrialisierung und Entwicklung in stärkerem Maße von der Rangordnung der Industriezweige ab, die durch die Abkommen zur Arbeitsteilung innerhalb des RGW und durch die Pläne für die zur Beschaffung der Technologien aus dem Westen benötigten Devisen bestimmt wird. Diese Logik, die von der politischen Zweckmäßigkeit diktiert und durch eine Mangelwirtschaft bedingt wird, ist weit von den der Logik des Kapitals zugrundeliegenden Regeln entfernt; sie werden durch die von der Internationalisierung der Märkte diktierten wirtschaftlichen, finanziellen und räumlichen Anforderungen bestimmt. Das Kombinat ist weder eine Quelle zur Schaffung von Geldwerten noch zur Akkumulation von Kapital.

Was die Unternehmen selbst angeht, so stehen sowohl Fos-sur-mer als auch Eisenhüttenstadt für eine auf nationaler Ebene betriebene

32 Ebenda, S. 321.

33 Ebenda, S. 323.

„Flickenspolitik“. Der unterschiedliche Charakter ihres Produktionsapparates und ihr geringer innerer Zusammenhalt sind für die französische Eisen- und Stahlindustrie ebenso charakteristisch wie für die ostdeutsche. „Aufgrund der historischen Entwicklungsbedingungen, die durch verschiedene aufeinanderfolgende und schlecht integrierte Konzentrationsprozesse gekennzeichnet sind, (stehen) in beiden Industrien Ausrüstungen unterschiedlichen Charakters, unterschiedlicher Kapazität und unterschiedlichen Alters“³⁴ nebeneinander. Dennoch wird, von staatlicher Seite und von der europäischen Gemeinschaft ermutigt, Ende der siebziger Jahre in Frankreich schließlich diese technische und geographische Konzentration durchgeführt, bei der Zehntausende von Arbeitsplätzen abgebaut werden, während es in der Eisen- und Stahlindustrie der DDR zu keinerlei Rationalisierungspolitik auf der Ebene der Erzeugnisse, der Industriegebiete und der Regionen kommt.

Die Schaffung von Wachstumspolen der Eisen- und Stahlindustrie in den Küstenregionen Frankreichs (Fos-Marseille und Dünkirchen) entspricht auf der Ebene des Industriezweiges der Tendenz, große Grundstoffindustrien wie die Eisen- und Stahlindustrie, die Petrochemie, die Aluminiumherstellung, die Erzeugung von Elektroenergie an die Meeresküste zu verlagern. Diese Verlagerung der Eisen- und Stahlindustrie ans Meer resultiert aus dem Zusammenspiel mehrerer Faktoren: die notwendige Anpassung an die Veränderungen innerhalb der Produktion (z. B. die Verringerung des Rohstoffbedarfs pro Produktionseinheit und die zunehmende Bedeutung des Recycling), Entwicklung des Seetransports sowie Erweiterung der Versorgungs- und Absatznetze im Rahmen der Globalisierung der Handelsbeziehungen.³⁵ „(Diese) ‘geographische’ (Verlagerung) der Produktivkräfte ist nicht das Ergebnis unvermeidlicher Naturgewalten. (Sie entspricht präzisen Erfordernissen) für das Funktionieren großer Produktionseinheiten in Übereinstimmung mit der Wirtschaftsstrategie des Kapitals. Die bestimmenden Faktoren der grundlegenden räumlichen Umgruppierung der Produktivkräfte sind also langfristig gesehen und im Weltmaßstab betrachtet die internationale Arbeitsteilung und die neuen Formen der Normierung der höchsten Profitrate.“³⁶

Die Wahl des Standortes für das Eisenhüttenkombinat von Eisenhüttenstadt an der deutsch-polnischen Grenze scheint von der Strategie der Ansiedlung von Industriestandorten in den Küstenregionen Frankreichs völlig abzuweichen. Und doch stimmt die Absicht, die mit dieser Standortwahl verfolgt wird, in gewisser Weise mit der Logik der Integration dieser Standorte im übernationalen Maßstab überein. In der Tat soll die Verlage-

34 J. Malézieux, *Crise et restructuration de la sidérurgie française, le groupe Usinor*, in: *L'Espace Géographique* (1980), 3, S. 187.

35 B. Merenne-Schoumacker, *La localisation des industries*, Paris 1991, S. 71-109.

36 M. Castells/F. Godard, *Monopolville* (Anm. 3), S. 40.

rung der Industriestandorte in die Küstenregionen Frankreich die Möglichkeit geben, an einem globalisierten Wirtschaftssystem und auf diese Art und Weise an der internationalen Arbeitsteilung beteiligt zu werden. Für die Deutsche Demokratische Republik war die Schaffung des Eisenhüttenkombinats von Eisenhüttenstadt Ausdruck ihres Strebens, an der Arbeitsteilung zwischen den Ländern des Ostblocks teilzunehmen.

EKO Stahl ist organisch mit seinen Zentren zur Versorgung mit Rohstoffen und Halbfabrikaten und mit ihren Absatzmärkten bzw. mit den nachgelagerten Industrien ihrer Branche verbunden. Der Branchenkreislauf stellt jedoch auf internationaler Ebene einen spezifischen Raum dar, der *auf regionaler Ebene* mit allen anderen Produktionsprozessen, die die regionale Ökonomie bestimmen, *nicht konkret sichtbar wird*.³⁷

In Eisenhüttenstadt stehen dem leistungsfähigen Stahlwerk und dem modernen Kaltwalzwerk die veralteten Hoehöfen gegenüber. Die Warmwalzanlage fehlte ganz. Dieser Einschnitt hinsichtlich der Reihenfolge der Produktionsabschnitte zur Herstellung von Flachstahl hatte seine Ursachen im arbeitsteiligen RGW-System. Anfang der siebziger Jahre zielten die Investitionen zur Modernisierung des Produktionsapparats auf eine Erhöhung der Exporte nach dem Westen, um Devisen zu beschaffen. Die DDR bezog günstig Warmband aus der Sowjetunion gegen Rubel und verkaufte einen Teil des Kaltbandes gegen konvertible Währungen. Die Besonderheit des Außenhandels im Bereich des RGW haben in Eisenhüttenstadt einen Torso, eine technologische Lücke hinterlassen, die unter internationalen Wettbewerbsbedingungen sicher niemals entstanden wäre.³⁸

Während im Westen die sich aus der internationalen Arbeitsteilung ergebenden Veränderungen und der technische und finanzielle Konzentrationsprozeß in der Eisen- und Stahlindustrie eine Veränderung der industriellen Geographie bewirkt haben³⁹, steht die Schaffung neuer Eisen- und

37 A. Lipietz, *Le capital et son espace*, Paris 1983, S. 87.

38 C. Schwartau, *Die Marktversorgung der ehemaligen DDR in Eisen und Stahl*, DRV, Berlin, Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft, 1992, S. 33.

39 „Das Verschwinden der integrierten, sich im Landesinneren befindenden Eisen- und Stahlwerke ist ein entscheidendes Element, das der regionalen Eisen- und Stahlindustrie ein neues Antlitz verleiht. In diesem Zusammenhang tritt die Standortwahl 'auf der physikalischen Grundlage' der vorhandenen Kohle und Koksproduktion, die seit dem 19. Jahrhundert eine der Konstanten der Geographie der Nord-Region ist, in den Hintergrund. (...) (Dieses Zurücktreten) führt schließlich dazu, daß die regionalen Strukturen, wie sie im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts im Zuge der Ansiedlung von Stahl verbrauchenden Industrien und von Zuliefer- bzw. Abnehmer-Unternehmen in der Nähe der Eisen- und Stahlwerke geschaffen worden waren, verschwanden.“ C. Gachelin, *La mutation de la sidérurgie de la région du Nord*, in: *Hommes et Terres du Nord* (1980), 1, S. 29. „Die Krise mit ihren zahlreichen Gründen beschleunigt eigentlich nur einen unvermeidbaren Veränderungsprozeß, der in einem

Stahlstandorte in der DDR in keinem Zusammenhang mit der internationalen Konjunktur in der jeweiligen Branche oder mit der Strategie einer Unternehmensgruppe. Während diese Verlagerung der Eisen- und Stahlindustrie in die Küstenregionen in Frankreich dazu beiträgt, daß die traditionellen Industrieregionen ihre Bedeutung verlieren⁴⁰, ist die Entwicklung der neuen Eisen- und Stahlstandorte in der DDR in stärkerem Maße Teil einer Politik der neuen Industrialisierung, die sich auf die Eisen- und Stahlindustrie gründet.

Der Stahlstandort Eisenhüttenstadt entwickelt sich abseits von der internationalen Konjunktur des Stahlmarktes, während der Standort Fos vollständig von ihr bestimmt wird. Im Jahre 1971, zwei Jahre nach dem Beginn der Bauarbeiten zum Eisen- und Stahlkomplex der SOLMER und 1972, zwei Jahre nach dem Beginn des Baus von Ugine-Aciers und des Unternehmens von Imperial Chemical Industries beginnt die große Krise der Eisen- und Stahlbranche. 1971 wird ein zweiter Umstrukturierungsplan, der „Plan de Conversion Wendel-Sidelor“ aufgestellt. 1974 werden die ersten beiden Hochöfen der SOLMER in Betrieb genommen, die ein paar Monate später wieder abgeschaltet werden. Man hatte auf 30.000 Arbeitsplätze in der Industrie gehofft, doch 9000 werden letztlich nur geschaffen. „Ende 1978 sieht sich der Staat gezwungen, radikale finanzielle Maßnahmen zu ergreifen. Die staatlichen Anleihen werden in Kapitalbeteiligungen umgewandelt. 1984 wird Fos-sur-mer vom Staat als ‘Konversionspol’ eingestuft.“⁴¹

3. Fos-sur-mer und Eisenhüttenstadt: zwei Kathedralen in der Wüste?

Fos-sur-mer und Eisenhüttenstadt sind Hinterlassenschaften, die von einer Zeit der beschleunigten Industrialisierung zeugen. Die aufeinander folgenden Krisen und der allmähliche Rückzug des Staates lassen sie wie gestrandete Schiffe erscheinen. Fest steht, daß die Schaffung und der Ausbau

solchen Industriezweig dazu führt, daß die geographische Konzentration mit der technischen und finanziellen Konzentration in Übereinstimmung gebracht wird.“

40 „Dünkirchen sollte die „Lunge des Nordens“ sein, das Instrument zur Öffnung des Nordens nach Europa und dem Rest der Welt. In Wirklichkeit scheint sich die Entwicklung des Industrie- und Hafengebiets gegen die Region gerichtet zu haben, da die Konkurrenz der externen Versorgungsindustrien zum Niedergang des Kohlebeckens und zum Bedeutungsverlust der Region von Valenciennes geführt hat.“ F. Damette/J. Scheibling, *La France* (Anm. 19), S. 226.

41 Die Einstufung als Konversionspol betrifft die Gebiete, die in sozialer Hinsicht von den laufenden Veränderungen am stärksten betroffen sind. Sie ist Teil eines Plans zur industriellen Umstrukturierung und zur Umwandlung der Arbeitsplätze, der sich auf fünf gegenüber der internationalen Konkurrenz ‘anfälligen’ Industriezweige bezieht (Eisen- und Stahlindustrie, Bergbau, Werftindustrie, Automobilindustrie und Telekommunikation).“ J.-P. Laborie/J.-F. Langumier, P. de Roo, *La politique française d’aménagement* (Anm. 26), S. 97.

eines sehr großen industriellen Produktionszentrums auf lokaler und regionaler Ebene zwar ein starkes Wirtschaftswachstum bewirken können, sie jedoch zu „schweren Defiziten in der regionalen Entwicklung (führen), vor allem, wenn das Umfeld des Standortes nicht die Größe und die Kohärenz aufweist, die notwendig sind, um den Erfordernissen einer industriellen Produktion gerecht zu werden, an deren technische und ökonomische Strukturen nicht der Maßstab der lokalen und regionalen Institutionen angelegt werden kann.“⁴²

Der Eisen- und Stahlstandort wird nicht in den regionalen Raum integriert. Anders als im Prozeß der städtischen und industriellen Verdichtung der traditionellen Industrieräume bewirkt die Schaffung dieser Produktionseinheiten nur eine geringe Verdichtung des Netzes von Verkehrsinfrastrukturen (Kanalbau, neue Eisenbahnlinien und neue Straßen). Trotz seiner geographischen Isolierung als Stahlstandort gehört Fos heute zum Ballungsgebiet Marseille, während sich Eisenhüttenstadt nach der Wende in eine europäische Sackgasse verwandelt hat. Durch das Wegbrechen der Absatzmärkte in den RGW-Ländern nach der Wiedervereinigung hat sich die günstige Grenzlage Eisenhüttenstadts in den Nachteil einer „doppelten Peripherisierung“⁴³ verwandelt. Eisenhüttenstadt erlebt in der Tat eine marktwirtschaftliche und eine geographische Ausgrenzung als Standort an der östlichsten Grenze des wiedervereinigten Deutschlands. Die Unvollständigkeit des Produktionszyklus des Eisenhüttenkombinats Ost (es fehlte ja bis zur Wende die Warmwalzstraße) isoliert es noch zusätzlich von der marktwirtschaftlichen Wirklichkeit.

Der Kreislauf der Eisen- und Stahlbranche in der DDR legt einen spezifischen Raum auf der Ebene des RGW fest, der sich auf regionaler Ebene jedoch nicht konkret darstellt. Die Schaffung des Industriestandortes Eisenhüttenstadt hat niemals einem „integrierten regionalen Industrialisierungsprojekt“⁴⁴ entsprochen.

In Frankreich erfolgt der Bau des Standortes Fos-sur-mer zu einem Zeitpunkt, als die Eisen- und Stahlindustrie durch Umwandlung der Produktionsstrukturen nicht mehr in der Lage ist, ihrer früheren Rolle als treibende Kraft gerecht zu werden. Die Schaffung dieses Standortes erfolgt also entgegen der neuen mantriellen Dynamik, die Mitte der siebziger Jahre einsetzt. Die Standortwahl für diesen Industriekomplex an der Mittelmeerküste folgt dagegen durchaus der in der Eisen- und Stahlindustrie international festzustellenden Tendenz der Verlagerung der Standorte sowie der allgemeinen Tendenz der sechziger Jahre, die Industriezentren an

42 J. Malézieux, *Les centres sidérurgiques* (Anm. 2), S. 255.

43 P. Reuber/P. Köster, *Eisenhüttenstadt – Anpassungsprobleme einer Stahlregion nach der Wiedervereinigung Deutschlands*, in: *Europa Regional* 3 (1995), S. 1-8.

44 M. Grésillon, *Les villes nouvelles en République Démocratique Allemande*, in: *L'espace Géographique* (1992), 1, S. 31.

der Küste anzusiedeln, wo die integrierten Eisen- und Stahlkomplexe dank des Zugangs zum Meer die Kosten für ihre Versorgung und für den Export ihrer Produkte auf dem Seewege minimieren können.

Die völlig unterschiedliche geographische Lage – Mittelmeerküste einerseits und Oder andererseits – zeigt deutlich, wie verschieden auch die ökonomischen Herausforderungen sind: auf der einen Seite eine Standortwahl, die darauf abzielt, sowohl die Kosten für die Versorgung als auch die Transportkosten durch die Nutzung des Seeweges gering zu halten, und auf der anderen Seite eine Entscheidung für einen Industriestandort, die durch politische und soziale, den Produktionsstrukturen auferlegte Zwänge bestimmt wird. Während die Schaffung des Standortes Eisenhüttenstadt fern von jeder Logik der Konzentration des produktiven Kapitals erfolgt, ist die Entwicklung des Standortes Fos-sur-mer Teil einer Logik der Internationalisierung der Produktion und der Beschleunigung des Kapitalumschlags und der Warenbewegung, Teil der „Dialektik von Finanzkapital und produktivem Kapital“⁴⁵, wobei die immer größeren Ausmaße der Produktionskomplexe eine Beschleunigung der Produktivität ermöglichen.

Die staatlich gelenkte sozialistische Industrialisierungspolitik hat es zwar ermöglicht, den Grad der Industrialisierung der im Norden und im Osten gelegenen Regionen zu erhöhen und den Entwicklungsrückstand des Nordens gegenüber dem Süden der DDR zu verringern, sie hat jedoch gleichzeitig dazu beigetragen, daß die regionale Industrielandschaft durch den Abbau der kleinen Industriebetriebe und durch die Beibehaltung, ja Begünstigung der Monostruktur verarmte. Mit der von der Regierung betriebenen Kombinatbildung erfolgt die Produktion in immer stärkerem Maße innerhalb von multifunktionalen Unternehmen. Die verschiedenen Produktionsaufgaben werden nicht mehr innerhalb und außerhalb eines Siedlungsgebietes zwischen großen Unternehmen als Auftraggeber und kleinen Unternehmen aufgeteilt, sondern werden innerhalb des Kombinats und auf übernationaler Ebene im Rahmen des RGW erfüllt. Der Zusammenhang zwischen sozio-ökonomischen und räumlichen Strukturen wird in dem Maße verfälscht, in dem die neuen Kombinate keinen regionalen Unterbau besitzen, sondern ausschließlich lokal ausgerichtet sind. Während in der DDR der Begriff der regionalen Wirtschaft immer schwerer zu definieren ist, sind in der BRD alle Anstrengungen auf eine zunehmende Konzentration ihrer industriellen Geographie in regionalen Ballungsbereichen gerichtet.

Ein Vergleich der Stahlstandorte Eisenhüttenstadt und Fos-sur-mer bietet Anlaß, die allgemein übliche und anerkannte Gegenüberstellung kapitalistischer Eisen- und Stahlstandorte auf der einen Seite und sozialistischer Standorte dieser Art auf der anderen zu überdenken. In beiden Fällen „führt die Industrialisierung, erstarkt durch die in schnellem Tempo er-

45 M. Castells/F. Godard, Monopolville (Anm. 3), S. 26.

folgte Ansiedlung zahlreicher großer Unternehmen der Grundstoffindustrie, der Zwischenprodukte und schweren Ausrüstungsgüter in einen zwar begünstigten, aber durch geringe Aufnahmefähigkeit gekennzeichneten Standort zu einer gleichzeitigen räumlichen Spezialisierung nicht nur in der Beherrschung der ökonomischen und sozialen Strukturen, sondern auch aller räumlichen Strukturen und menschlichen Verhaltensweisen⁴⁶. Die Realisierung dieser überdimensionierten Industrieprojekte muß den vom Staat verfolgten Zielen der Schaffung eines neuen Gleichgewichts im nationalen Raum dienen. Die beiden Standorte weisen also wichtige Ähnlichkeiten hinsichtlich der Definition ihrer politischen und räumlichen Ziele auf, sie stehen jedoch für sehr unterschiedliche wirtschaftliche Aufgabenstellungen. EKO bleibt ein industrieller Torso und braucht noch dreißig Jahre, um Stahl produzieren zu können, während Fos-sur-mer, nach Rotterdam und Antwerpen der drittgrößte Hafen, auch weiterhin ein Beispiel für die überdimensionierten und von der Krise der siebziger Jahre amputierten Unternehmen der Nachkriegsjahre bildet.

Der Vergleich mit dem französischen Territorium hat gezeigt, wie wichtig es ist, die komplette konjunkturelle Abhängigkeit zu berücksichtigen und dabei den geographischen Rahmen unserer Analyse möglichst weit abzustecken, um die Gefahr einer subjektiven Interpretation zu vermeiden. Der Vergleich mit Fos-sur-mer hat uns die konjunkturelle Dimension dieser Art von industriellen Ansiedlungen und die strukturelle Dimension staatlichen Eingreifens in die Ökonomie verstehen lassen. Die Untersuchung der objektiven Beziehungen zwischen Staatsapparat und Industrialisierungsprozeß in Frankreich und in der DDR diente zur Veranschaulichung, um die verschiedenen übereinstimmenden Punkte in den heterogenen Entwicklungen herauszuarbeiten und die geographische Kontinuität der industriellen Phänomene hervorzuheben.

46 J. Malézieux, *Les centres sidérurgiques* (Anm. 14), S. 71.